

IV. Die *Partij voor de Vrijheid* und die Alternative für Deutschland im Vergleich

von Koen Vossen

Die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) und die Alternative für Deutschland (AfD) werden oftmals im gleichen Atemzug als Beispiele für den in Europa aufkommenden Populismus genannt. Geert Wilders, Anführer der PVV, und Frauke Petry, die prominenteste AfD-Politikerin, werden zumeist mit anderen populistischen Politikern, wie Nigel Farage, Marine le Pen und Donald Trump, in eine Reihe gestellt. Politiker aus verschiedenen Ländern unter einen gemeinsamen Nenner zu setzen, hat den Vorteil, dass man über eine allzu enge nationale Perspektive blickt. Zugleich besteht das Risiko, dass Unterschiede, die zwischen diesen Parteien sowohl in ideologischer und strategischer als auch in organisatorischer Hinsicht bestehen, etwas zu leicht übergangen werden. Es ist demnach empfehlenswert, die Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen diesen Parteien tief gehend und vergleichend zu untersuchen. Im vorliegenden Beitrag sollen daher die PVV und die AfD in einer Reihe von Punkten miteinander verglichen werden, nämlich hinsichtlich ihrer Vorgeschichte, hinsichtlich ihrer Ideologie und Organisation und hinsichtlich ihres Platzes in der Parteienlandschaft. Auf eine vergleichende Analyse der Wähler beider Parteien ist hier verzichtet worden, weil zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Beitrags besonders über die AfD-Wähler noch relativ wenige tiefer gehende Forschungen vorliegen. Allerdings ist am Ende des Beitrags eine Tabelle mit den Wahlergebnissen beider Parteien aufgeführt.

Vorgeschichte

Der erste wichtige Unterschied zwischen beiden Parteien ist ihr Alter. Die *Partij voor de Vrijheid* wurde im Februar 2006 gegründet, während die Alternative für Deutschland im April 2013 ihren Gründungskongress abhielt. Der Gründung beider Parteien ging eine beträchtliche Vorbereitungszeit voraus.

Die Vorgeschichte der PVV reicht bis in den September 2004 zurück. Geert Wilders, seit 1998 Mitglied der Fraktion der VVD in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, trat am 2. September 2004 aus der Fraktion aus und machte als Ein-Mann-Fraktion weiter. Der unmittelbare Anlass für seinen Austritt war Wilders' Weigerung, sich hinter den VVD-Standpunkt bezüglich des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union zu stellen. Im Gegensatz zur VVD-Fraktion war Wilders der Ansicht, dass die Türkei aufgrund ihres islamistischen Charakters niemals Mitglied der EU werden dürfe. Ferner wollte Wilders, dass die VVD bei Fragen nach der Immigration, Integration und Sicherheit einen stärker rechts ausgerichteten Kurs fahren sollte. Mit seiner Fraktionskollegin Ayaan Hirsi Ali hatte er bereits im April 2003 zu einem „liberalen Dschihad“ gegen den radikalen Islam aufgerufen, bei dem es sich den beiden zufolge um eine große, aber unterschätzte Gefahr für die europäische Zivilisation handelte. Damit stellten sie sich hinter Pim Fortuyn, der im Jahr 2001 noch zu einem Kalten Krieg gegen den Islam aufgerufen hatte. Der Aufstieg Pim Fortuyns und seiner Partei, der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF), in den Jahren 2001–2002 sowie seine Ermordung am 6. Mai 2002 hatten auf die niederländische Politik enorme Auswirkungen gehabt. Es gelang dem schillernden Soziologieprofessor, Themen wie Immigration und Islam zu politisieren, aber er konnte nicht zuletzt durch seine professorale Ausstrahlung Distanz zum kleinen rechtsextremen Milieu in den Niederlanden wahren. Dadurch blieb ihm das Schicksal der *Centrumpartij* und der *Centrum-Democraten* aus den 1980er und 1990er Jahren erspart, die mit ihrem Anti-Immigrationsprogramm als Parias galten. Die LPF hingegen erreichte 17 % der Stimmen und durfte sich an der Regierung beteiligen. Obwohl diese Regierungsbeteiligung nur von kurzer Dauer war und die LPF an internen Konflikten zugrunde ging, war klar, dass sich die so stabile Parteienlandschaft der Niederlande Dank Fortuyn ein für alle Mal verändert hatte.

Wilders hoffte, mit seiner neuen Bewegung die Lücke zu füllen, die nach dem Untergang der LPF anscheinend existierte. So suchte er dann auch Kontakt zu einigen ehemaligen Anhängern Fortuyns sowie zu Dr. Bart Jan Spruyt, dem Vorsitzenden der Edmund Burke-Stiftung. Dieser Thinktank wollte in den überwiegend progressiven Niederlanden durch die Organisation von

Konferenzen und die Veröffentlichung von Meinungsartikeln das konservative Gedankengut verbreiten. Spruyt stellte Wilders während einer Studienreise in den Vereinigten Staaten vielen amerikanischen Neokonservativen vor. Die neokonservative Partei, die sie bilden wollten, kam jedoch nicht recht voran. In den Umfragen schnitt die im Januar 2006 offiziell gegründete PVV schlecht ab. Mit dem Verfassen kulturpessimistischer Betrachtungen über die Notwendigkeit eines „neuen, begeisternden Verbunds“ konnte die Partei höchstens ein kleines Grüppchen von Neokonservativen für sich gewinnen, nicht jedoch die breite Wählermasse. Im Sommer 2006, einige Monate vor den Parlamentswahlen im Oktober des gleichen Jahres, riss Wilders dann auch das Ruder herum. Er stellte ein Programm auf, in dem der Kampf gegen den Islam und die Immigration in den Niederlanden an erster Stelle standen, und begann, sich in den Medien mit derben Äußerungen über den „Tsunami der Islamisierung“, der den Niederlanden bevorstehe, zu profilieren. Dies kostete ihn die Unterstützung Spruyts, der ihm den Rücken zukehrte, brachte ihm letztlich jedoch bei den Parlamentswahlen des Jahres 2006 überraschend viele Stimmen ein. Mit 5,9 % der Stimmen erlangte er 9 Sitze, ein ermutigendes Ergebnis für einen Newcomer. Weil andere post-fortuynsche Parteien die Prozent-Hürde nicht schafften, schien Wilders Ende 2006 endgültig zum Nachfolger Fortuyns geworden zu sein.

Vergleicht man die Entstehungsgeschichte der PVV mit der der Alternative für Deutschland, dann fällt direkt auf, dass bei der letztgenannten nicht Immigration oder Islam, sondern die Europäische Union – genauer: der Euro – der Hauptgrund für ihre Gründung gewesen ist. Besonderer Stein des Anstoßes war die von Angela Merkel zugesagte Milliardenunterstützung für Griechenland, um auf diese Weise den Euro zu erhalten. Ebenso wie die frühe PVV hatte die AfD anfangs eher den Charakter eines Thinktanks als den einer Partei. Im Herbst 2010 ergriff der Hamburger Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke die Initiative zur Gründung eines „Plenums der Ökonomen“, das sich gegen Merkels Politik wehrte. Obwohl die Umfragen zeigten, dass ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung sich ebenfalls mit der Milliardenhilfe für Griechenland schwertat, hatte diese recht vornehme Gruppe von Euro-Kritikern noch wenig Einfluss auf die etablierten Parteien. Daher richtete sich

Lucke 2012 auch auf andere Strategien aus, um die seiner Meinung nach verhängnisvolle Euro-Politik Merkels zu stoppen. Er war an der Gründung des *Bündnisses Bürgerwille* beteiligt und schloss sich später der *Wahlalternative 2013* an, in der auch Alexander Gauland und Konrad Adam aktiv waren. Schließlich entschlossen sie sich, eine ganz neue Partei zu gründen, die *Alternative für Deutschland*, um so an den Bundestagswahlen vom September 2013 teilnehmen zu können. In einem Programm, das vor einem ökonomisch-monetären Jargon strotzte, und mit einer Kandidatenliste voller respektabler Bürger versuchten Lucke, Gauland und Adam, einen deutlichen Abstand zum rechts-extremen Milieu zu wahren, mit dem neue Parteien in Deutschland, besonders die auf der rechten Seite des politischen Spektrums, schnell assoziiert werden.

Dennoch zeigte sich schon bald, dass neben dem Euro ein anderes Thema einen Platz ganz oben auf der Tagesordnung der Partei einnahm: Einwanderung. Spätestens seit dem Erfolg von Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* war deutlich, dass es für eine Partei, die eine europaskeptische Haltung mit einem härteren Standpunkt in Bezug auf Immigration und Integration kombinierte, ein erhebliches Potenzial gab. In gewissem Sinn war Thilo Sarrazin für Deutschland das, was Pim Fortuyn für die Niederlande war, nämlich derjenige, der unter anderem auf der Grundlage seines akademischen Status über genügend Autorität und Kultiviertheit verfügte, um einen bis dahin stark verketzerten Standpunkt zu verkünden. Untersuchungen zeigten, dass eine „Sarrazin-Partei“ zwischen 10 und 20 % der Stimmen erhalten würde. Alleine schon aus wahltaktischen Erwägungen ging daher von einer strengen Haltung in puncto Immigration ein beträchtlicher Reiz aus.

Dennoch war das Programm, mit dem die Alternative für Deutschland in die Bundestagswahlen ging, recht gemäßigt. Die AfD war zwar kritisch gegenüber der Einwanderungspolitik, aber mit Parteien wie der PVV und dem *Front National* wollte sie nichts zu tun haben. Nach einer ausführlichen Untersuchung verschiedener Parteipublikationen konnte der deutsche Politikwissenschaftler Kai Arzheimer beim besten Willen dann auch nur wenig Populistisches, geschweige denn Radikales an der Partei entdecken. Nach einer quantitativen Analyse gelangte er sogar zu dem Fazit, dass die Partei auf nahezu

allen Gebieten sogar etwas links von der bayerischen CSU angesiedelt werden müsse. Damit hielt sich die AfD sorgfältig an das ungeschriebene „Gesetz von Franz Josef Strauß“, dass rechts von der CSU nie mehr eine demokratische Partei entstehen dürfe. Und ein weiteres ungeschriebenes politisches Gesetz in der Bundesrepublik galt offensichtlich ebenfalls für die Partei, nämlich dass es für Neulinge fast unmöglich ist, die hohe Prozent-Hürde von 5 % zu schaffen. Allerdings war die AfD mit 4,6 % der Stimmen die erfolgreichste Debitantin in der Geschichte der Bundesrepublik. Aber es zeigte sich, dass die Alternative für Deutschland – im Übrigen ebenso wie die liberale FDP – der enormen Popularität von Angela Merkel und ihrer CDU nicht gewachsen war. Wie eine Art riesiger menschlicher Schwamm hielt Merkel Deutschland vorerst sauber und ordentlich, indem sie nahezu jede Meinung absorbierte.

Ideologie

In ideologischer Hinsicht hat sich die PVV seit 2006 zu einer nationalpopulistischen Partei entwickelt, vergleichbar mit dem französischen *Front National*, dem belgischen *Vlaams Belang* und der österreichischen FPÖ. Mit diesen Parteien bildet die PVV seit 2014 auch eine Fraktion im Europäischen Parlament. Stärker als bei den europäischen Schwesterparteien beruht die PVV-Ideologie jedoch auf einer vehementen Ablehnung des Islam.

Nach dem Vorbild von Autoren wie Oriana Fallaci und Bat Ye'or ist Wilders zu der Überzeugung gelangt, dass der Islam eine totalitäre Ideologie sei, darauf ausgelegt, die Welt zu unterwerfen. Die Einwanderung von Muslimen nach Europa und die langsame Islamisierung des öffentlichen Raums in diesen Ländern seien Bestandteil der neuen Strategie. Die progressive Elite in den Niederlanden und in den meisten anderen europäischen Ländern erkenne die Gefahr der Islamisierung nicht, da sie nach Wilders' Meinung durch einen politisch korrekten Kulturrelativismus verblendet sei, in dem alle Kulturen als gleichwertig betrachtet würden. Der Kampf der PVV richte sich dann sowohl gegen den Islam als auch gegen diese progressive Elite, die die Islamisierung ermögliche. Da es sich nach Meinung der PVV um einen Kampf um Leben und

Tod handelt, hält es die Partei für notwendig, dass bestimmte verfassungsmäßige Freiheiten ausgesetzt werden, wenn es um den Islam geht. So plädiert die Partei für ein Verbot des Korans, für eine Kopftuchsteuer, für die Schließung von Moscheen und einen Einwanderungsstopp aus islamitischen Ländern. Im Kampf gegen den Islam und die progressive Elite hat sich Wilders im Laufe der Jahre zunehmend auf „das Volk“ berufen, auf die normalen Niederländer, die von der progressiven Elite ignoriert oder sogar gering geschätzt würden. Durch Referenden will er diesen normalen Niederländern, die er zuweilen auch Henk und Ingrid nennt, mehr Einfluss geben.

Daneben ist es nach Ansicht der PVV notwendig, dass die Niederlande aus der Europäischen Union austreten, weil das Land sonst in Bezug auf Haushalt, Grenzkontrollen, Gewährung von Asyl und Religionsfreiheit, an verschiedene EU-Bestimmungen gebunden sei. Diesen Anti-EU-Standpunkt kombiniert die Partei mit einer – gewiss für niederländische Verhältnisse – ungewohnt starken nationalistischen Rhetorik. Der Stolz auf die niederländische Kultur, auf die niederländische Geschichte und den niederländischen Sozialstaat müssten laut PVV die Richtschnur für niederländische Politiker sein. Die Früchte des niederländischen Sozialstaats sollen dann auch in erster Linie der eigenen Bevölkerung zugutekommen. Auf diese Weise will die PVV einen starken, selbstständigen niederländischen Nationalstaat, in dem sich das Volk durch eine neue Elite geschützt weiß, die ein Auge für die drohenden Gefahren hat.

Die Alternative für Deutschland hat in ideologischer Hinsicht seit 2014 fast eine Metamorphose durchlaufen. Von einer konservativ-liberal gesinnten, europaskeptischen Bewegung hat sie sich zu einer nationalpopulistischen Partei gewandelt, die den Kontakt zur PVV, zum *Front National* und zur FPÖ nicht mehr scheut. Kai Arzheimer sagte 2014 in dem bereits erwähnten Artikel voraus, dass die Alternative für Deutschland ihre Standpunkte auf dem Gebiet von Immigration und Integration möglicherweise zuspitzen werde. Auf diesem Gebiet war, wie einige Landeswahlen in den ostdeutschen Bundesländern zeigten, der größte Gewinn zu verbuchen. Der Gewinn, den die AfD dort 2014 erzielte, beruhte nicht zuletzt auf den kritischen Bemerkungen prominenter AfD-Leute, wie unter anderem Bernd Lucke, über die multikulturelle Gesellschaft, die nationale Sicherheit und den Islam. Gerade durch ihr Image

der Respektabilität zeigte sich die Alternative für Deutschland als eine akzeptable Wahl für eine wachsende Gruppe von Wählern, die sich über diese Themen Sorgen machten, jedoch nicht mit rechtsextremen Parteien wie der NPD in Zusammenhang gebracht werden wollten. Der spottende Spitzname „Professorenpartei“, den die Alternative für Deutschland in den ersten Monaten in den Medien erhalten hatte, erwies sich demnach eher als Vor- denn als Nachteil. Aber gerade viele dieser Professoren der ersten Stunde, die den Neuling mit ihrer Reputation schützten, zogen in der AfD zunehmend den Kürzeren.

Durch die starke interne Demokratie innerhalb der Partei erhielten neue Mitglieder, die aufgrund der AfD-Haltung bezüglich der Einwanderung zur Partei gekommen waren, immer stärkeren Einfluss auf den Parteikurs. Unter ihnen waren unter anderem Mitglieder der *Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie* (kurz *Die Freiheit* genannt). Diese im Herbst 2010 gegründete Partei hatte sich stark nach dem Vorbild der PVV geformt, und Wilders war höchstpersönlich nach Berlin gekommen, um auf dem Gründungskongress zu sprechen. Aber auch aus der in Dresden entstandenen Protestbewegung Pegida, die sich gegen die „Islamisierung Deutschlands“ wandte, strömten Mitglieder hinzu. Das wichtigste Opfer dieses Kurswechsels wurde Bernd Lucke. Der Parteikongress wählte ihn zugunsten von Frauke Petry als Vorsitzenden ab, die als prominente Vertreterin des Anti-Einwanderungsflügels galt. Lucke ist inzwischen – wie auch eine ganze Reihe von Gefährten der ersten Stunde – aus der Partei ausgetreten. Wie moderne Doktoren Frankenstein beklagen sie sich darüber, dass sich ihr geistiges Kind – durch wahltaktisches Profitstreben geblendet – zu einem Monster entwickelt habe.

Auf einem Parteikongress in Stuttgart im Mai 2016 wurde ein überarbeitetes Parteiprogramm angenommen, zu dem verschiedene Parteikommissionen beigetragen haben. Die bekannten nationalpopulistischen Standpunkte wurden in das Programm aufgenommen: mehr direkte Demokratie, härtere Strafen und eine strengere Anwendung von Strafen, die Unvereinbarkeit des Islam mit dem Westen, eine größere Wertschätzung positiver nationaler Traditionen und Kultur, weniger Schuldbewusstsein bezüglich der dunklen Seiten der Vergangenheit und eine starke Skepsis gegenüber Klimapolitik, gegenüber Entwicklungshilfe, gegenüber Emanzipationspolitik und natürlich gegenüber

der Europäischen Union. Obwohl die AfD in dem neuen Programm ausdrücklich sagt, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, entscheidet sie sich für etwas weniger harte Maßnahmen als die PVV. So ist nicht von einem Verbot des Korans oder der Schließung von Moscheen die Rede. Auf sozioökonomischem Gebiet hat die AfD hingegen eine stärker neoliberale Agenda als die PVV, die sich seit 2010 immer mehr als Verteidigerin des Sozialstaats aufspielt. Die Entscheidung für eine neoliberale sozioökonomische Politik kann als ein Überbleibsel des Lucke-Flügels betrachtet werden, von dem noch einige Mitglieder in der AfD aktiv sind. Es ist nicht auszuschließen, dass die AfD auf diesem Gebiet – wie auch die PVV – ebenfalls nach links rücken wird, weil dort mehr Wähler zu finden sein werden.

Ein anderer auffälliger Unterschied zur PVV sind die konservativen Standpunkte der AfD, wenn es um ideelle Themen wie Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe, Emanzipation der Frau und Ehescheidung geht. Im Entwurf des Parteiprogramms agiert die AfD gegen unerwünschte libertäre Modernitäten wie Gender-Mainstreaming, Sterbehilfe und Frühsexualisierung und plädiert für eine Willkommenskultur für Ungeborene und Neugeborene. Die PVV hingegen stellt sich gerne als die Partei dar, die die progressiven Errungenschaften in den Niederlanden gegen den Islam schützen will, wie die Emanzipation von Homosexuellen und Frauen. Und sie hat sich auch von Anfang an als ein Freund Israels profiliert, während die AfD das Thema in ihrem Grundsatzprogramm unerwähnt lässt. Diese Auslassung scheint nicht so sehr auf Desinteresse zu beruhen, sondern vielmehr eine Folge der unterschiedlichen Auffassungen zu sein, die es in der Partei zu diesem Thema gibt. Im Gegensatz zur PVV ist die AfD durch ihre organisatorische Struktur nämlich eine Partei mit programmatisch unterschiedlich ausgerichteten Flügeln.

Parteiorganisation

Der größte Unterschied zwischen der PVV und der *Alternative für Deutschland* betrifft die Organisation beider Parteien. Während die AfD eine ziemlich klassisch organisierte Partei mit rund 20 000 Mitgliedern und einer Reihe von

lokalen Parteigliederungen ist, ist die PVV kaum mehr als das politische Vehikel von Geert Wilders. Offiziell ist die PVV ein Verein mit zwei Mitgliedern, Geert Wilders und der Stiftung Geert Wilders, deren einziges Mitglied ebenfalls der Namensgeber ist. Damit erfüllt die PVV die Mindestanforderungen, die das niederländische Wahlrecht an Parteien stellt. Allerdings erhält die Partei aufgrund der Tatsache, dass sie keine Mitglieder hat, keine staatliche Unterstützung im Rahmen des Parteienfinanzierungsgesetzes. Natürlich verfügt die PVV durchaus über Repräsentanten in verschiedenen Gremien – im Parlament, in den Provinzialstaaten, in Gemeinderäten und im Europäischen Parlament – und sie beschäftigt auch Fraktionsmitarbeiter, Sprecher und Sekretariatsmitarbeiter. Diese sind jedoch alle keine Parteimitglieder und haben demnach formal kein Mitspracherecht.

Anfangs hat Wilders diese einzigartige Struktur aus Furcht vor „LPF-Verhältnissen“ gewählt. Die Partei von Pim Fortuyn fiel nach dessen Tod in lauter einander bekämpfende Faktionen auseinander und hatte außerdem mit dem Zustrom von allerlei politischen Abenteurern und rechtsextremen Typen zu kämpfen. Indem er seine Organisation so klein wie möglich hielt, wollte Wilders die Kontrolle über seine Partei behalten. Auch seine Sicherheitslage machte es für Wilders schwierig, eine klassische Parteiorganisation zu schaffen. Seit dem Mord an Theo van Gogh lebt Wilders unter einer 24-Stunden-Bewachung und sein Bewegungsspielraum ist sehr gering. „Wenn ich einen Kandidaten sprechen wollte, dann musste das in so einem geheim gehaltenen Hotel geschehen, im 6. Stock, mit Polizisten vor meiner Schlafzimmertür“, erzählte er 2005 in einem Interview. Anfangs kündigte Wilders noch an, dass er auf lange Sicht doch eine Mitgliederpartei gründen wolle, aber allmählich begann er, die Vorteile einer mitgliederlosen Partei einzusehen. Besonders in den ersten Jahren verstand er es, die Reihen fest geschlossen zu halten. Interne Meinungsunterschiede gab es nicht, oder sie drangen auf jeden Fall nicht nach außen. Wilders konnte voll und ganz den Kurs bestimmen und die Strategie darlegen, ohne Rücksicht auf unbequeme Parteigliederungen nehmen zu müssen. Zudem gelang es ihm, seine Partei auf diese Weise vor rechtsextremen Infiltranten zu schützen.

Es schien seinen Wählern außerdem wenig auszumachen, wie die Partei organisiert war. Versuche einiger PVV-Leute, die Partei von innen heraus zu organisieren, hatten keinen Erfolg. Zwar fehlte es Wilders dadurch an Repräsentanten seiner Partei in der Gesellschaft, aber dieser Mangel wurde reichlich durch den Einsatz der sozialen Medien kompensiert, allen voran Twitter, sowie durch die starke Öffentlichkeitswirkung, die er mit seinen Äußerungen und seinem Auftreten in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments zu generieren verstand. Dies hatte allerdings den Nachteil, dass Wilders seine Strategie auf die Wünsche von nach Konflikten und Sensation heischenden Medien abstimmte und viel weniger auf die der auf Kompromisse und Konsens ausgerichteten niederländischen Politik.

Durch das Fehlen von Mitgliedern ist die Organisation der PVV zudem immer noch außerordentlich amateurhaft und autokratisch. Wie ein echter Despot umgibt sich Wilders mit einer kleinen Gruppe von Vertrauten, die er, um zu zeigen, dass jeder von ihm abhängig ist, regelmäßig auswechselt. Was genau im Zimmer des Parteiführers ausgeheckt wird, bleibt für die meisten Mitarbeiter ein Rätsel. Auf der einen Seite werden von den Aktivisten ein großer Einsatz sowie Gehorsam erwartet. Fraktionsmitglieder, die selbst Kontakt zu den Medien suchen oder die eigensinnige Standpunkte vertreten, werden von Wilders rasch entlassen oder gehen von alleine. Weil Geld und große Mengen von Freiwilligen fehlen, sind die Wahlkampagnen der PVV zudem ziemlich klein gehalten und amateurhaft.

Die AfD ist in organisatorischer Hinsicht viel eher eine klassische politische Partei, mit mehr als 20 000 Mitgliedern, regionalen Ortsverbänden und verschiedenen Organisationsebenen. Nachdem Lucke und seine Mitstreiter weggegangen waren, verlor die Partei fast 20 % ihrer Mitglieder, aber inzwischen ist dieser Verlust durch den Beitritt neuer Mitglieder reichlich kompensiert worden. Im Gegensatz zur PVV hat die Partei eine Monatszeitschrift, eine Jugendorganisation und ein Parteibüro. Auch gibt es in der Partei verschiedene organisierte Flügel, etwa die „Patriotische Plattform“, den „Flügel“, die „Christen in der AfD“ und den „Pforzheimer Kreis“. In ideologischer Hinsicht verfügt die Partei dadurch über einen deutlich christlich-moralistisch ausgerichteten Flügel, der durch Beatrix von Storch repräsentiert wird, einen

stark gegen den Islam agierenden nationalistischen Flügel unter der Führung des umstrittenen Björn Höcke (der womöglich aus der Partei ausgeschlossen wird), aber auch noch einen eher auf ökonomische und monetäre Politik ausgerichteten Flügel, als dessen Repräsentant häufig Jörg Meuthen betrachtet wird.

Meuthen hat, gemeinsam mit Frauke Petry, zugleich den Vorsitz der Partei inne.¹ Wer von den beiden nun wirklich die Partei führt, ist nicht ganz klar. Hinter dem Duo steht zudem ein Parteivorstand mit einflussreichen Mitgliedern wie Alexander Gauland und Beatrix von Storch. Durch die starke parteiinterne Demokratie haben die Mitglieder außerdem großen Einfluss auf das Programm und den Kurs. Im Gegensatz zur PVV ist dadurch nicht immer in gleicher Weise klar, welchen Standpunkt die Alternative für Deutschland einnimmt und welche Person diesen am stärksten verbreitet. Das bietet unverkennbar den Vorteil, dass die Partei eine bunte Mischung von Adressaten bedienen kann. Sowohl Europaskeptiker und konservative Christen als auch Islamophobe und Nationalisten fühlen sich von der Partei angesprochen. Auf der anderen Seite gibt es jedoch durch die unterschiedlichen Standpunkte und Meinungen, die vertreten werden, immer Unklarheiten und interne Spannungen bezüglich des Kurses. Ist die AfD nun in erster Linie die Partei von Jörg Meuthen, von Frauke Petry und ihrem Mann Marcus Pretzell, von Beatrix von Storch oder doch von Björn Höcke? Anders als bei der PVV, deren Kurs bereits seit Jahren feststeht, ist daher schwer vorherzusagen, für welche Richtung sich die AfD in den kommenden Jahren entscheiden wird. Derzeit sieht es so aus, dass sie einen vergleichsweise moderaten, „realpolitischen“ Kurs, für den Frauke Petry auf dem AfD-Bundesparteitag im April 2017 plädierte, mehrheitlich ablehnt.

1 Im April 2017 verkündete Frauke Petry im Vorfeld des AfD-Parteitages in Köln, dass sie nicht als Spitzenkandidaten für den anstehenden Bundestagswahlkampf zur Verfügung stehe. Die Delegierten, die sich mehrheitlich von der „realpolitischen“ Ausrichtung ihrer Vorsitzenden abwandten, kürten anschließend Alice Weidel und Alexander Gauland zu ihren Spitzenkandidaten.

Position in der Parteienlandschaft

Eine klare Parallele zwischen beiden Parteien ist ihr Platz in der Parteienlandschaft. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Texts stehen sowohl die AfD als auch die PVV nahezu völlig isoliert da. In beiden Ländern will keine der etablierten Parteien mit diesen Parteien zusammenarbeiten. Ministerpräsident Rutte erklärte, dass die Aussicht auf eine Zusammenarbeit zwischen VVD und PVV bei 0,0 liege. Die CSU-Fraktionsvorsitzende Gerda Hasselfeldt sagte in *Die Welt*: „Frau Petrys Träume von einer Regierungsbeteiligung scheitern schon daran, dass keine andere demokratische Partei mit ihr zusammenarbeiten will“.² Dennoch ist die Position der beiden Parteien nicht identisch. Im Gegensatz zur AfD hat die PVV nämlich doch für kurze Zeit an der Macht schnupern dürfen. Nach einem Sommer der mühsamen Verhandlungen wurde die PVV im Jahr 2010 „Duldungspartner“ einer Minderheitskoalition aus VVD und CDA unter der Führung von Mark Rutte. Die Partei gehörte der Regierung formal nicht an und stellte auch keine Minister, aber sie unterstützte die Regierung doch und erhielt im Gegenzug mehr Einfluss auf eine Reihe von Themen. So konnte die PVV der Einwanderungs- und Asylpolitik, der Kriminalitätsbekämpfung und der Seniorenpolitik ihren Stempel aufdrücken. Aus anderen Politikfeldern – unter anderem Außenpolitik und Europa – hielt sich Wilders allerdings heraus. Außerdem gehörte die PVV ab 2011 der Provinzkoalition in Limburg an, der Provinz, in der sie die meisten Anhänger hatte. Die Partei stellte zwei Abgeordnete. Beide Experimente waren jedoch nur von kurzer Dauer. Nachdem die Koalition in Limburg nach einer Reihe von Auseinandersetzungen bereits zerbrochen war, beschloss Wilders am 21. April 2012 ziemlich plötzlich, der Regierung seine duldende Unterstützung zu entziehen. Als Grund hierfür gab er an, dass er die neuen, von Brüssel erzwungenen Sparmaßnahmen nicht mittragen wolle. Seitdem ist die PVV in der niederländischen Politik in einer nahezu vollkommenen Isolation gelandet. Diese neuerliche Isolation hat die Partei jedoch nicht aufgehalten. Mehr noch: Nach

2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article154933883/Eine-zerstrittene-und-wirre-Rechtsaussen-Partei.html>

einer kurzen Periode, in der der Rückhalt in der Wählerschaft leicht zurückging, ist die Partei seit 2015 in den Umfragen stark gewachsen. In den meisten Umfragen ist sie seit 2016 sogar die größte Partei des Landes. Das bei den Wahlen vom 15. März 2017 dann letztlich erreichte Ergebnis von 13,1 % wurde sowohl in den Niederlanden als auch im Ausland mit Erleichterung aufgenommen. Allerdings war die PVV nach der VVD zur zweitstärksten Partei des Landes geworden. Eine neue Regierungsbeteiligung ist dennoch sehr unwahrscheinlich, da alle etablierten Parteien sich weigern, noch länger mit der PVV zusammenzuarbeiten.

In der Bundesrepublik hat praktisch niemand auch nur die Möglichkeit geäußert, der AfD irgendwelche Macht zu geben. Spätestens nach dem Weggang Luckes und der Annahme des neuen Parteiprogramms in Stuttgart im Mai 2016 gilt die Partei als Ausgestoßene. Der nächstliegende Partner für die AfD ist die CDU/CSU. Die Union versucht jedoch bereits von Anfang an, die AfD klein zu halten, indem sie ihr jegliche Respektabilität abspricht. Eine Zusammenarbeit mit ihr stünde im Widerspruch zu dieser Strategie und ist daher nicht im Interesse der Union. Dennoch stellt sich die Frage danach, ob die CDU/CSU diese Strategie in dem Moment noch aufrechterhalten kann, in dem die AfD im Bundestag eine feste Position erwirbt. Wenn die Union die AfD weiterhin systematisch ausschließt, macht sie sich im Hinblick auf eine mögliche Koalition doch sehr von den linken Parteien abhängig. Sollte sich die AfD klarer von rechtsextremen Positionen distanzieren, dann ist es vielleicht möglich, dass die CDU/CSU ein Szenario wie in den Niederlanden – eine Minderheitsregierung, die von der AfD unterstützt wird – in Erwägung ziehen könnte. Vorerst sind dies jedoch Spekulationen, die mit der Realität, dass die AfD zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht im Bundestag vertreten ist und zudem noch stark mit extrem rechten Positionen assoziiert wird, wenig zu tun haben.

Die Position dieser Parteien in der Parteienlandschaft kann nicht nur aus dem Blickwinkel der formalen Macht, die sie erlangen konnten, betrachtet werden, sondern auch aus einer anderen Perspektive. Inwieweit haben PVV und AfD die Programme und den Stil der übrigen Parteien beeinflusst? Haben die übrigen Parteien Themen von der AfD und der PVV übernommen, um

ihnen so den Wind aus den Segeln zu nehmen? Das festzustellen, ist nicht leicht, aus dem einfachen Grund, dass eine Partei nicht so leicht zugeben wird, dass sie Themen von einer anderen Partei übernommen hat. Aber es gibt in den Niederlanden sicherlich durchaus Gründe, der PVV einen recht großen informellen Einfluss zuzusprechen. So hat sich die VVD seit dem Aufstieg der PVV stark mit Themen wie der Kriminalitätsbekämpfung und einer strengeren Integrations- und Einwanderungspolitik profiliert. Aber auch PvdA und CDA betonen mehr denn je die Notwendigkeit eines gesunden Nationalismus (oder „progressiven Patriotismus“, wie es PvdA-Führer Lodewijk Asscher nennt). In der Bundesrepublik Deutschland ist ebenfalls ein indirekter Einfluss der AfD sichtbar. Die Verschärfung der Einwanderungsmaßnahmen und die manchmal harten Äußerungen besonders von führenden CDU- und CSU-Politikern über die Einwanderer und den Islam (unter anderem von Horst Seehofer von der CSU und Klaus Bouillon, CDU-Minister im Saarland) sind nur schwerlich losgelöst vom Aufstieg der AfD zu sehen. Vorerst ist das Beweismaterial hier jedoch recht anekdotischer Art. Wie groß der indirekte Einfluss von Parteien wie der AfD und der PVV genau ist, kann erst nach einer umfangreicheren und weiter fortgeschrittenen Untersuchung festgestellt werden. Gleiches gilt für die Frage danach, inwiefern es AfD und PVV gelungen ist, die öffentliche Debatte in ihrem Land zu beeinflussen oder sogar zu dominieren. Die Vermutung liegt nahe, dass die PVV ihrer Umgebung stärker einen Stempel aufdrücken konnte, aus dem einfachen Grund, dass sie erheblich länger existiert als die AfD.

Zum Abschluss

Bei der Betrachtung der Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen AfD und PVV fällt eine Reihe von Elementen auf. Ideologisch hat die Ähnlichkeit beider Parteien immer mehr zugenommen, was vor allem mit dem deutlichen Rechtsruck zu tun hat, den die AfD seit dem Weggang von Bernd Lucke vollzogen hat. Obwohl es in einigen Teilbereichen doch noch Meinungsunterschiede gibt, sind die Übereinstimmungen so groß, dass beide Parteien der gleichen

Parteienfamilie zugeordnet werden können. PVV und AfD selbst haben diese Familienähnlichkeit inzwischen auch erkannt, wie die Anwesenheit Wilders' auf dem von der AfD organisierten Treffen der ENF-Mitglieder am 21. Januar dieses Jahres in Koblenz zeigt.



© picture alliance / abaca / Robert Alain

Das am meisten verwendete Etikett für diese Familie ist „Nationalpopulismus“ oder „populistische radikale Rechte“. Der Begriff Populismus wird dabei in rein ideologischem Sinn verwendet. Betrachtet man den Hintergrund der beiden Parteien, dann entsprechen sie viel weniger dem Archetyp der von unten hochgekommenen populistischen Bewegung. Das heißt, sowohl PVV als auch AfD sind gewiss keine „aus dem Volk“ stammenden Parteien. Die Wiege der PVV stand in der Zweiten Kammer, während die AfD in den Mauern der Wirtschaftsfakultäten gegründet wurde. Beide Parteien kamen auch im Kielwasser eines von der Elite verpönten Akademikers – Fortuyn beziehungsweise Sarrazin – auf, der jedoch genügend Autorität und Kultiviertheit hatte, um Tabus rund um Einwanderung und Integration zu durchbrechen. Durch diese

Vorgeschichte hatten sowohl die AfD als auch die PVV eine gewisse Respektabilität erhalten, die ihnen die Wählergruppe einbrachte, welche sich Sorgen über die Einwanderung machte, sich aber zugleich nicht mit vulgären rechts-extremen Parteien einlassen wollte.

Bei der AfD hat die Anziehungskraft des Anti-Immigrations-Standpunktes letztlich zu einer starken Radikalisierung der Partei geführt. Neue Mitglieder – auch aus dem rechtsextremen Milieu – strömten herbei, die durch die offene Parteistruktur mit ihrem großen Maß an Mitsprache viel Macht erhalten haben. Die Partei ist dadurch im Gegensatz zur „Ein-Mann-Partei PVV“ auch äußerst anfällig für interne Spannungen. Dadurch ist die Zukunft der AfD viel ungewisser als die der PVV.

Tabelle: Wahlergebnisse AfD

Jahr	Wahl	Ergebnis
2013	Bund	4,7%
2013	Hessen	4,1%
2014	Sachsen	9,7%
2014	Brandenburg	12,2%
2014	Thüringen	10,6%
2014	Europa	7,1%
2015	Hamburg	6,1%
2015	Bremen	5,5%
2016	Baden-Württemberg	15,1%
2016	Sachsen-Anhalt	24,0%
2016	Rheinland-Pfalz	7,0%
2017	Saarland	6,2%

Tabelle: Wahlergebnisse PVV

Jahr	Wahl	Ergebnis
2006	Zweite Kammer	5,9%
2009	Europa	17,0%
2010	Zweite Kammer	15,5%
2011	Provinz	12,4%
2012	Zweite Kammer	10,1%
2014	Europa	13,3%
2015	Provinz	11,8%
2017	Zweite Kammer	13,0%

Literatur

Arzheimer, Kai, ,The AfD. Finally a Successful Right Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? West European Politics 38 (2015), 535–556.

Art, David, Inside the Radical Right. The Development of anti-Immigration Parties in Europe. Cambridge University Press 2011.

Häusler, Alexander, Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden 2016.

Vossen, Koen, The Power of Populism. The Rise of Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands. Routledge 2016.